Sachdokumentation:

Signatur: DS 1057

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1057

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Lehrplan vors Volk
Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 18.6.2016

Inhalt

Irreführende Meldungen über die Bildungsabstimmungen in Baselland 1
Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP), Kanton Baselland 2
Thesen zur Mitsprache des Volkes in Bildungsfragen 3
Kindergarten im Kanton Zürich und Lehrplan 21 4
Lehrplan 21 als Standortnachteil für die Wirtschaft 6
Schlechte Noten für ein Schulprojekt 7
Kinder brauchen einen Oberbandenführer 8
Lehrplan 21: zum Lachen 8
Gleichstellungsbüro sucht männliche Primarlehrer 8

Irreführende Meldungen über die Bildungsabstimmungen in Baselland

Ein von vielen Zeitungen übernommener Beitrag der Berner Zeitung zur Abstimmung über die drei Bildungsinitiativen in Baselland war absolut irreführend. Der federführende Redaktor hat es tatsächlich fertig gebracht, nur eine Abstimmung zu erwähnen und die beiden andern zu unterschlagen. So erschien in den Zürcher Regionalzeitungen nur das Resultat der Abstimmung über die Zuständigkeit des Baselbieter Landrats für den Lehrplan. Dieses Anliegen wurde bekanntlich knapp abgelehnt. Der Kommentator deutete dieses Resultat als grossen Erfolg für die Lehrplanbefürworter.

Dabei hat der Lehrerverein Baselland nur die beiden andern Bildungsvorlagen unterstützt, da der Basler Lehrplan 21 dank einer schon im März überwiesenen Motion auf guten Wegen ist, die Hauptforderungen der Basler Lehrerschaft zu erfüllen. Mit dem ursprünglichen Schweizer Lehrplan 21 dürfte die Basler Ausgabe ausser den Schulstrukturen nur noch wenig gemeinsam haben.

Absolut unhaltbar ist, dass die mit 61 Prozent angenommene Vorlage über die Abschaffung der Sammelfächer an der Sekundarschule einfach ausgeblendet wurde. Die weit verbreitete einseitige Meldung missachtet die journalistische Pflicht der vollständigen Information der Leserschaft.

Dies ist umso verwerflicher, als aufgrund unterschlagener Resultate ein höchst einseitiger Kommentar verfasst wurde. Wären nicht andere Zeitungen und die elektronischen Medien

ihrer Informationsaufgabe nachgekommen, hätte sich ein ganz falsches Bild über die Bildungssituation im Baselbiet ergeben.

Was geschah im Vorfeld der Bildungsabstimmungen?

Hier die Meldung von **„Starke Schule Baselland“:**

Auftrag für besseren Lehrplan

Der Baselbieter Landrat überweist die Motion "Stufenlehrpläne mit transparentem Inhalt" von Landrätin Regina Werthmüller als Motion und damit als verbindlicher Auftrag. Massgebend sind in den Lehrplänen Lerninhalte und Themen und nicht mehr Kompetenzen.

Der politische Widerstand gegen den Lehrplan 21 wird immer deutlicher. Die am 17. März überwiesene Motion, die verbindlich ist, beauftragt den Regierungsrat "eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, welche im Bildungsgesetz 640 vom 6. Juni 2002 neu festschreibt, dass Lehrpläne für jedes Promotionsfach klar und transparent diejenigen Lerninhalte und Themen festschreiben müssen, welche im jeweiligen Schuljahr zu behandeln sind. Kompetenzbeschreibungen können diese massgebenden Lerninhalte und Themen ergänzen."

Faktisch bedeutet dies das Aus für den kompetenzorientierten Lehrplan 21, sofern die Gesetzesvorlage, welche Bildungsdirektorin Monica Gschwind dem Landrat innert zwei Jahre vorlegen muss, ebenfalls beschlossen wird.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP), Kanton Baselland

Anderen Bildungsdirektionen zum Vorbild empfohlen

Anders als andere Bildungsdirektoren, welche sich wenig für die Meinung der wichtigsten Bildungsfachleute – der Lehrerinnen und Lehrer – interessieren, holt die Baselbieter Regierungsrätin zuerst deren Stellungnahmen ein, bevor sie grundlegende Bildungs-reformen befürwortet. Laut einer am 20. April 2016 veröffentlichten Umfrage der BKSD (Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Baselland) lehnen rund 60% der befragten Sekundarlehrer den kompetenzorientierten Lehrplan 21 ab. Gemäss Jürg Wiedemann von der «Starken Schule Baselland» verschaffte sich Monica Gschwind mit ihrer Umfrage einen fundierten Überblick, welche Position die Sekundarlehrpersonen betreffend kompetenzorientiertem Lehrplan, Sammelfächer, Passepartout, niveaugetrenntem Unterricht, Pädagogische Kooperation einnehmen.

Dieses vorbildliche Führungsverhalten würde manchen Erziehungs- und Bildungsdirektoren weit besser anstehen als deren Vorpreschen mit Lehrer-Einführungskursen und Elterninformationen, zum Beispiel im Kanton Zürich, bevor über die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» abgestimmt wird.

Lehrplan Baselland wird wenig Ähnlichkeit mit dem Lehrplan 21 haben

Dass eine knappe Mehrheit der Baselbieter Stimmberechtigten es am 5. Juni 2016 abgelehnt hat, die Entscheidung über den kantonalen Lehrplan dem Landrat (Parlament)

zu übertragen, fällt viel weniger ins Gewicht als anderswo, weil Eltern, Lehrer und andere Bürger sich über den Verein «Starke Schule Baselland» laufend ins Geschehen einbringen, zum Teil im direkten Austausch mit der Bildungsdirektion, zum Teil über parlamentarische Vorstösse von Mitgliedern, die gleichzeitig im Landrat sitzen, aber auch über Volksinitiativen. Der Lehrplan Baselland wird nach Aussage von Jürg Wiedemann entsprechend wenig Ähnlichkeit mit dem Lehrplan 21 haben.

Nachhaltige Wirkung der beiden anderen Abstimmungsvorlagen

Die anderen beiden Abstimmungsvorlagen, die auch von Regierungsrätin Monica Gschwind unterstützt worden sind, wurden am 5. Juni an der Urne angenommen:

- Verzicht auf Sammelfächer in den Sekundarschulen

Die Stimmberechtigten haben beschlossen, dass die Einzelfächer Geschichte, Geografie, Biologie, Physik, Chemie, Hauswirtschaft und Wirtschaftskunde als Einzelfächer im Bildungsgesetz verankert werden. Damit wird die Einführung der drei Sammelfächer "Natur und Technik", "Räume, Zeiten, Gesellschaften" und "Wirtschaft, Arbeit, Haushalt" verhindert. In der erwähnten Umfrage der Bildungsdirektion Baselland waren die drei Sammelfächer von 65.8%, 70.6% respektive 74.1% der Sekundarlehrpersonen abgelehnt worden. Denn: Sammelfächer führen zu einem Bildungsabbau, weil die Lehrpersonen zu Allroundern werden und kaum mehr einen fachlich fundierten Unterricht erteilen können.

Mit diesem Volksentscheid haben die Baselbieter einen wesentlichen Bereich des Lehrplan 21 auf Sekundarstufe verhindert.

- Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere

Mit der Annahme dieser Initiative durch das Volk wird sichergestellt, dass die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) als Brückenangebot nicht abgeschafft wird. Dank diesem Erfolgsmodell – welches der Vorgänger von Frau Gschwind aus Spargründen abschaffen wollte! – haben bisher 96% der Abgänger/-innen eine optimale Anschlusslösung gefunden. Ein vorbildliches Instrument gegen die Jugendarbeitslosigkeit wird so erhalten.

Marianne Wüthrich, Wil

Thesen zur Mitsprache des Volkes in Bildungsfragen

1. Funktion des Lehrplans

Ein Lehrplan ist ein Kompass mit klar erkennbaren Richtungsangaben. Diese sind so zu formulieren, dass sie auch vom schulisch interessierten Laien verstanden werden können. Dazu zählen unter anderem verbindliche Jahresziele in den Hauptfächern und allgemein anerkannte Stufenziele in andern Fächern.

2. Grosse Bedeutung des Lehrplans für die Schulentwicklung

Der neue Lehrplan greift weit mehr ins Schulgeschehen ein als manche Schulvorlage, über welche abgestimmt wurde. Die Auswirkungen für die Volksschule in qualitativer, struktureller, erzieherischer und finanzieller Hinsicht sind bisher weder überprüft noch ehrlich und offen diskutiert worden. Der angekündigte Paradigmenwechsel wird von der EDK abwechselnd als unbedeutend oder als essentiell hingestellt. Dabei bleiben die strategischen Ziele (OECD Tauglichkeit) weiterhin verdeckt. Die Intransparenz des

Lehrplans 21 ist beispiellos.

Die offizielle Abschwächung der Bedeutung des Lehrplans ist kein Grund, dem Volk das demokratische Recht zur Mitsprache zu entziehen.

3. Ein bildungspolitischer Paradigmenwechsel muss legitimiert sein

Ein Paradigmenwechsel, wie ihn der neue Lehrplan einleitet, kann nicht ohne Auftrag des Volkes umgesetzt werden. Deshalb muss ein grundlegend neues Lehrplankonzept dem Volk vorgelegt werden.

4. Aufgabenteilung zwischen Bildungs- und Kantonsrat

Die Aufgaben von Bildungs- und Kantonsrat bei der Schaffung eines neuen Lehrplans sind aufzuteilen.

Der Bildungsrat ist verantwortlich für die Gestaltung des Lehrplans und legt dem Kantonsrat einen ausgearbeiteten Entwurf vor.

Der Kantonsrat kann der Vorlage zustimmen oder diese mit Änderungsempfehlungen an den Bildungsrat zur Überarbeitung zurückweisen. Im Kantonsrat findet keine Detailberatung über den Lehrplan statt.

Der Kantonsrat beschliesst die Einführung des definitiven Lehrplans.

5. Möglichkeit für Behördenreferendum und Volksabstimmung

Wichtige schulische Fragen wurden im Kanton Zürich immer wieder durch das Volk oder durch die vom Volk gewählten lokalen Schulbehörden entschieden, so zum Beispiel die Beibehaltung eines eigenständigen Kindergartens oder die Einforderung der Mundart im Kindergarten. Sogar organisatorische Fragen wie die Wahl des Oberstufenmodells oder die Einführung des Wahlfachunterrichts wurden auf diese Weise geregelt.

Gemäss diesem demokratischen Verständnis der Gestaltung der Zürcher Schulpolitik muss erst recht in einer so grundsätzlichen Frage wie dem Lehrplan für die Volksschule das Volk entscheiden können. Deshalb soll gegen den Beschluss des Kantonsrats das Behördenreferendum ergriffen werden können, sodass das Volk das letzte Wort hat.

6. Die Handlungskompetenz der EDK hat sich auf Koordinationsaufgaben zu beschränken

Die Aufgaben der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz sind neu zu definieren und bezüglich der Handlungskompetenz auf Koordinationsaufgaben zu beschränken. Das Konkordat über die EDK ist neu auszuhandeln und in Volksabstimmungen in den Kantonen zu genehmigen.

mw und hpa

Kindergarten im Kanton Zürich und Lehrplan 21

Diskussionsbeitrag zur Vernehmlassung des Zürcher Lehrplans 21

Aufgrund der Richtlinien der OECD werden die Schweizer Kinder früher kindergartenpflichtig. Die Schweiz hat sich damit einmal mehr den Nachbarländern angepasst. Früher war der Stichtag 31. März – mit dieser Änderung verschiebt sich der

Stichtag auf den Juni oder gar Juli. Diese Herabsetzung der Altersgrenze ist beachtlich, da ein Kindergartenkind in drei Monaten grosse Entwicklungsfortschritte macht. Logischerweise fällt so die hochqualifizierte Arbeit im Schweizer Kindergarten im Niveau ab.

Schon die vorherigen Ausführungen wären ein notwendiger Grund einen alters- und entwicklungsgerechten eigenständigen Lehrplan für den Kindergarten zu erstellen. **Im Lehrplan 21 gibt es keinen Lehrplan für den Kindergarten.** Der Kindergarten wurde mit der Primarstufe zu einem einzigen Zyklus zusammengefasst. Für den Kindergarten sind bereits detaillierte Rahmen und Lehrpläne vorhanden, warum hat man diese nicht übernommen evtl. noch „verfeinert" im Lehrplan 21? Offensichtlich ist geplant über diesen Weg die Grund- bzw. die Basisstufe einzuführen. Der Entwicklungsstand eines Kindergartenkindes unterscheidet sich jedoch grundlegend von dem eines Primarschülers. Rechenaufgaben sind für das Kindergartenkind (mit ganz wenigen Ausnahmen) viel zu abstrakt während ein Primarschüler diese gerne und wissbegierig löst. Andererseits findet ein Primarschüler die Aufgaben des Kindergartenschülers, Mengenverständnis (viel – wenig) „bubig". **Für den Kindergarten und die Primarschule braucht es zwei auf den Entwicklungsstand der jeweiligen Stufe abgestimmte Lehrpläne.**

Für die Einschulung kann es nur von Vorteil sein, wenn im Kindergarten klar formulierte Lernziele bestehen auf die im ersten Schuljahr aufgebaut werden kann.

Besonders bei Vorschulkindern und ganz besonders mit Migrationshintergrund ist die Vermittlung von Grundlegendem aus dem Umfeld des Kindes wichtig. So kann es sichtlich den Bezug herstellen, es erfährt Neues und lernt sprachlich dazu. In geführten Kleingruppen von der Lehrperson, wie auch in der vertrauten Klasse in enger Beziehung zum Lehrer gelingt dies am besten. Dies entspricht den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen. **Im Lehrplan 21 wird jedoch verstärkt die selbständige Gruppenarbeit der Kinder propagiert.** Zu beobachten ist, dass gerade Kinder, die in ihrer Entwicklung etwas zurück sind und die Migrationskinder in den selbständig arbeitenden Gruppen untergehen, oftmals allein schon aufgrund ihres sprachlichen Defizits. Für das Kindergartenkind braucht es die kleinschrittigen bedachten Vorgaben der Lehrperson.

Gruppenunterricht oder Klassenunterricht, das muss die Freiheit des Lehrers bleiben und es darf nicht festgeschrieben werden wie im Lehrplan 21, methodisch die Lernziele erreicht werden. Im Klassenunterricht spricht der Lehrer alle Kinder an, er hat jedes Kind im Auge. Der Vorteil ist, die Schüler können spontan reagieren sich einbringen – der Dialog oder gar das Klassengespräch entsteht. Diesen Bürger braucht es für unsere Gesellschaft – sich einzubringen, sich auszutauschen, Überlegungen anzustellen und so „das Rad sinnvoll weiter zu entwickeln".

Selbständige Einzel- oder Gruppenarbeit nach Wochenplan oder Themenarbeit wird im neuen Lehrplan gefordert, **der Lehrer versteht sich dann nur noch als Coach**. Die Klasse bleibt sich vielmehr selbst überlassen. Erfahrungsgemäss sind schon bald die negativen Auswirkungen bis zu Auswüchsen zu beobachten. In den Kleingruppen bzw. in einer nicht geführten Klasse kristallisieren sich schnell Anführer heraus, die das Geschehen bestimmen – ruhigere Kinder, die sich nicht vertreten können, gehen unter und fügen sich. Ebenfalls weiss man erfahrungsgemäss, dass die leistungsmässig guten und sicheren Schüler die Arbeit in den Kleingruppen übernehmen und die schwachen Schüler nur mitschwimmen, abdriften, ja keinerlei Lernschritte machen.

Für die Kindergartenarbeit werden immer mehr Vorgaben als verbindlich erklärt. Kooperatives Lernen, (Placemap, Kugellager) Unterrichtvorgaben, (Lezus), Büchervorgaben, Spiele. Auch diesbezüglich darf die Methodenfreiheit des Lehrers nicht eingeschränkt werden.

Kompetenzen
Das blosse Messen nach Kompetenzwerten beim Schüler eröffnet ein Bild vergleichbar mit einem Schubladenschrank, dessen Schubladen mit Fähigkeiten aufzufüllen sind bis sie voll sind. Blosse Fähigkeit zum Anwenderwissen ist gefragt. Wo bleibt da ein humanistisches Bildungsverständnis in unserer christlich abendländischen Kultur. Unsere Aufgabe als Lehrer ist es doch neben der reinen Wissensvermittlung, den Schüler zu begleiten, ihm menschlich beizustehen, ihn zu stärken, ein „Herz für ihn zu haben".

In der getragenen Beziehung zum Lehrer fühlt sich der Schüler aufgehoben und entwickelt sich positiv. Von der Lehrperson ist mehr gefordert als, dass sie nur Lernmaterial zur Verfügung stellt.

Elke Backfisch, Zürich

Lehrplan 21 als Standortnachteil für die Wirtschaft

Gegenwärtig soll in verschiedenen Kantonen mit dem umstrittenen Lehrplan 21 die radikalste Änderung des Schulsystems seit Bestehen der Volksschule vorgenommen werden. Dass die Bedenken, die von der Lehrerschaft, besorgten Eltern und Pädagogikprofessoren, angemeldet wurden, ihre Berechtigung haben, zeigen die schlechten Resultate der LP21-Versuchsschulen, die mit der „Kompetenzorientierung" und ihrem „selbstgesteuerten" oder „selbstorganisierten Lernen SOL" den bewährten Klassenunterricht weitgehend abgeschafft und qualifizierte Lehrer zu „Lernbegleiter" degradiert haben. Die Schüler werden allein gelassen, in dem es ihnen überlassen wird, wann, wie, wo und ob sie lernen wollen. Die übereilte Einführung dieser wissenschaftlich nicht abgesicherten „Neuen Lernformen" könnte für die Pionierkantone und deren Gewerbe zu einem wirtschaftlichen Standort-Nachteil werden, wie das der Reformpionierkanton Basel-Stadt schon einmal schmerzlich erleben musste.

Basel-Stadt hat mit dem Schulgesetz von 1988 eine Reihe von sogenannt fortschrittlichen Schulreformen eingeführt und damit in der Schweiz eine Vorreiterrolle übernommen. Bereits fünf Jahre später (Basler Zeitung vom 12.10.93) zeigten sich jedoch die ersten negativen Resultate: Ein Ausbildungsleiter einer grossen Basler Chemiefabrik meldete, dass von 45 Lehrverträgen für Chemie-Laboranten nur noch einer mit einem Stadt Basler Schulabgänger abgeschlossen werden konnte. 1995 berichtete der Generaldirektor des Schweizerischen Bankvereins in einer Sondersitzung des Basler Grossen Rates zum Problem der nachlassenden Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Basel (NZZ vom 3.4.95) über die gravierenden Auswirkungen der Basler Schulreformen Der Bankverein könne nur noch 20 Prozent seiner Lehrlinge aus dem Kanton Basel-Stadt rekrutieren. Wie die Ergebnisse der Eignungstests für das Medizinstudium zeigten, waren mittlerweile auch die Maturanden Opfer der Schulreformen geworden. In den 1990er Jahren haben die Stadt-Basler Bewerber beim Eignungstest für das Medizinstudium gesamtschweizerisch am schlechtesten abgeschnitten.

Obwohl der Zusammenhang mit den umstrittenen Schulreformen offensichtlich war, konnte der Kanton Basel-Stadt unbehindert seinen Reformkurs weiterführen. Die einst als „fortschrittlich" hochgelobte Orientierungsschule war 2015 kaum ganz abgeschafft, als Basel-Stadt als Pionierkanton direkt auf den „Lehrplan 21"-Zug aufsprang. Das veranlasste beteiligte Lehrer zu folgenden Bemerkungen: «Einmal mehr dienen wir und die Schulkinder dem Erziehungsdepartement als Versuchskaninchen. Bereits die Einführung der Orientierungsschule als Basler Unikum sei ein einziges Experiment und ein

riesiger Fehler gewesen. Und jetzt passen wir unser System dem Rest der Schweiz an, noch bevor die anderen Kantone die Neuerung selber umsetzen.» („Neuer Lehrplan ohne Bücher“, Basler Zeitung, 27.10.2015)

Peter Aebersold, Zürich

Schlechte Noten für ein Schulprojekt

Leserbriefe zur SonntagsZeitung vom 5.6.2016

Das ausgezeichnete Editorial von Chefredaktor Rutishauser bringt die Sache auf den Punkt. Es war tatsächlich überfällig, dass die Lehrer endlich den Aufstand wagen. An vielen Orten wird in den Schulhäusern über Reformen und Versuche der letzten Jahre gelästert, und man kann es kaum glauben, dass jetzt auch noch dieser Lehrplan 21 mit seinen untauglichen Zielen und Methoden die Schullandschaft radikal umpflügen soll. Aber leider erfolgen Kritik und Ärger angesichts von Mitarbeiterbeurteilung und Schulleitungen meist nur hinter vorgehaltener Hand. Umso mehr ist diesen mit ihrem Abgang aus Niederhasli protestierenden Lehrpersonen zu gratulieren. Insbesondere die zwei Frauen und der Mann, welche den Mut hatten, mit Namen und Bild an die Öffentlichkeit zu gelangen, beweisen Rückgrat und Unerschrockenheit. Hoffentlich kommt nun die Lawine ins Rollen – die Lehrerschaft muss unbedingt aus ihrer Reserve treten, energisch Gegensteuer geben und den weltfremden Theoretikern in den Bildungsverwaltungen wieder einmal die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Praxis erklären. Man kann es ja fast nicht glauben, dass in gewissen Luzerner Gemeinden das selbst organisierte Lernen sogar an der Primarschule eingeführt werden soll – das führt auf die Dauer unweigerlich zur absolut unerwünschten Zweiklassengesellschaft, wie im Bericht über Niederhasli eindrücklich geschildert.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Dieses neue Schulprojekt, welches im zürcherischen Niederhasli und andern Orten ausprobiert wird, ist meines Erachtens eine absolute Katastrophe. Kernsatz der ganzen Hiobsbotschaft scheint mir der Hinweis im Bericht aus Basel-Land zu sein, dass die Bevölkerung 2006 wohl ja gesagt habe zur Harmonisierung der Schulen, aber niemals zu einem radikalen Systemwechsel. Deshalb fehle dem Lehrplan 21 die demokratische Legitimation. Es ist wirklich absurd: Viele Eltern wollten vor allem, dass der Fremdsprachenunterricht harmonisiert werde, aber ausgerechnet hier fand keine Einigung statt. Dafür kommt man mit dem völlig untauglichen selbstorganisierten Lernen und anderen abwegigen Neuerungen, welche unserer Volksschule enormen Schaden zufügen werden. Die Familien an solchen Orten mit Kindern im entsprechenden Alter sind zu bedauern.

Oskar Meier, Bazenheid

Kinder brauchen einen Oberbandenführer

Leserbrief zum Tages-Anzeiger vom 8.6.2016

Das Interview mit Allan Guggenbühl ist sehr interessant, und die Schule wird darin nicht idealisiert und weltfremd, sondern realistisch und mit Blick auf den Alltag betrachtet. Natürlich sucht man in den Antworten auch, was zum umstrittenen Lehrplan 21 gesagt wird. Zwei Stellen fallen dabei besonders auf. Erstens: man wolle jetzt neuerdings auf „Kompetenzen“ setzen. Kinder seien aber darauf erpicht, aus der Beziehung mit Menschen heraus ins Wissen der Alten eingeführt zu werden, sie möchten eine starke, zentrale Lehrerpersönlichkeit und nicht nur einen Coach, der verlangt, dass sie auf Befehl „selbst organisiert“ lernen müssen. Zum Zweiten bestätigt Guggenbühl das, was von Gegnern des neuen Lehrplans als eines der Hauptargumente für ihre Opposition angeführt wird. Die Kompetenzorientierung mit ihrer Selbstorganisation lässt Kinder hängen, deren Eltern nicht in der Lage sind, genügend Unterstützung zu bieten. Solches führt aber eindeutig zu einer Zweiklassengesellschaft, was für eine gute Volksschule niemals akzeptabel ist.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Lehrplan 21: zum Lachen

«Wir lernen für das Leben, nicht das Konzept»

Leserbrief zum Zürcher Oberländer vom 1. Juni

Im gelungenen «Klartext» wird der Finger auf einen wunden Punkt rund um die Diskussion zum Lehrplan 21 gelegt: die Kompetenzorientierung. Es ist zum Lachen, was da alles gefordert wird. Mit grossen Worten wird vieles verlangt, sinnvoll oder überprüfbar ist es deswegen noch lange nicht.

Noch mehr erbittert mich aber, dass der neue Lehrplan am Volk vorbei eingeführt werden soll. Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) schlägt ihn vor, und die Kantone sollen ihn bitte einführen. Das Volk bleibt dabei ohne Stimme. Die EDK beruft sich dabei immer auf die Abstimmung über «Harmos». Damals hatte man aber vor allem organisatorische Massnahmen im Auge: Einheitliche Dauer der Volksschulstufen, Absprachen über die Behandlung von Stoffen usw. Kämpfen wir deshalb alle dafür, dass der Lehrplan 21 dem Volk vorgelegt wird!

Thomas W. Zimmermann, Pfäffikon

Gleichstellungsbüro sucht männliche Primarlehrer

Leserbrief zur NZZ am Sonntag vom 22.5.2016

Das hat der Bundeskasse und uns gerade noch gefehlt. Jetzt hat man in Bern wieder ein neues Fenster entdeckt, durch das sich Geld in den Dreck hinauswerfen liesse. Mit sage und schreibe einer halben Million Franken soll dafür geworben werden, dass wieder mehr Männer den Lehrerberuf ergreifen. Voll daneben. Nicht Propagandaaktionen helfen hier, sondern eine attraktive Ausgestaltung des Umfelds. Der neue Lehrplan 21 beispielsweise, den man einzuführen gedenkt, ist alles andere denn geeignet, junge Männer in die

Schulzimmer zu locken. Niemand lechzt nämlich danach, nur noch als Coach neben den Gruppentischen hin- und herzuwandern, Arbeitsblätter zu verteilen und sich von der Schulleitung kontrollieren zu lassen, ob alle obrigkeitlichen Weisungen strikte eingehalten werden und ob insbesondere der zu Unrecht verfemte Frontalunterricht nicht doch noch irgendwo Urständ feiert. Der einst zu Bestleistungen animierende grosse persönliche Spielraum im Lehrerberuf verschwindet immer mehr; die Methodenfreiheit existiert nur noch in der Theorie. Dabei gäbe es wohl viele junge Leute auch männlichen Geschlechts, die gerne vor einer Klasse stehen würden, um ihr Wissen weiterzugeben, um die Kinder im Klassengespräch für das Lernen zu begeistern und um sich voll und ganz für die schöne Aufgabe im pädagogischen Bereich einzusetzen. Aber angesichts jener umstrittenen Neuigkeiten, die als „Schule der Zukunft“ verkauft werden, kann die beste Werbeagentur auch mit einer halben Million nichts ausrichten. Letztere ist verloren, denn so dumm, wie das die Aktion finanzierende Eidgenössische Büro für Gleichstellung offenbar glaubt, sind die jungen Männer nicht.

Hans-Peter Köhli, Zürich

---

18. 6. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch
www.lehrplan-vors-volk.ch
Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5